

A N F R A G E von Ueli Annen (SP, Illnau-Effretikon) und Monika Spring (SP, Zürich)

betreffend Einspeisevergütung für Photovoltaik

In der Medienmitteilung vom 18. August 2008 hat «swissgrid» bekannt gegeben, dass wegen der grossen Nachfrage vorläufig nur Photovoltaikanlagen für eine Einspeisevergütung in Frage kommen, die zwischen dem 1. Januar 2006 und dem 30. April 2008 in Betrieb gegangen sind oder bereits über eine Baubewilligung verfügen. Darüber hinaus sind offenbar fast ausschliesslich grössere Anlagen berücksichtigt worden, während nach heutigem Stand 2859 Gesuchstellende vorläufig leer ausgehen. Umweltbewusste Wohneigentümerinnen und -eigentümer sind verunsichert und werden abgeschreckt, energiepolitisch sinnvolle Investitionen zu tätigen. Dies kam in einer am 23. August 2008 durchgeführten Orientierung über Solarstrom in Illnau-Effretikon, welche auf grosses Interesse stiess, deutlich zum Ausdruck. Bei einer ungewissen Vergütungssituation nützen alle gut gemeinten Förderungsprogramme von Kanton und Gemeinden wenig.

Wir bitten deshalb den Regierungsrat uns folgende Fragen zu beantworten:

1. Stimmt der Regierungsrat der Ansicht zu, dass der Solarstrom bis zum Erreichen der kostendeckenden Produktion auf verlässliche staatliche Rahmenbedingungen angewiesen ist?
2. Welche Möglichkeiten sieht er, auf die Erhöhung des Kontingents Solarstrom beim Bund Einfluss zu nehmen?
3. Welche Möglichkeiten sieht er, über den Kanton bzw. die EKZ die Solarstrombörse zu öffnen und damit die Perspektiven für den grünen Strom zu verbessern, beispielsweise durch den Bezug von mehr Solarstrom durch Kanton und EKZ?

Ueli Annen
Monika Spring